

*Sonderdruck aus*

# Wege und Spuren

Verbindungen zwischen  
Bildung, Wissenschaft, Kultur,  
Geschichte und Politik

Festschrift für  
Joachim-Felix Leonhard

Herausgegeben von  
Helmut Knüppel, Manfred Osten,  
Uwe Rosenbaum, Julius H. Schoeps  
und Peter Steinbach



**Verlag für Berlin-Brandenburg**

Schriftenreihe des Wilhelm-Fraenger-Instituts Potsdam

Herausgegeben von Prof. e.h. Wolfgang Hempel  
Prof. Dr. Helmut Knüppel  
Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Band 10

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-86650-001-3

Die Entscheidung darüber, ob die alte oder neue deutsche Rechtschreibung Anwendung findet, blieb den Autoren überlassen, die auch selbst für Inhalt, Literaturangaben und Quellenzitate verantwortlich zeichnen.

Umschlaggestaltung: Christine Petzak, Berlin  
Redaktion und Satz: Dieter Hebig, [www.dieter-hebig.de](http://www.dieter-hebig.de)  
Druck: Druckhaus NOMOS, Sinzheim

Titelfoto: Karolingische Königshalle beim UNESCO  
Weltkulturerbe Kloster Lorsch/Bergstraße  
Foto: Dietmar Kalb, Heppenheim/Bergstraße

1. Auflage 2007  
© Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin.  
[www.verlagberlinbrandenburg.de](http://www.verlagberlinbrandenburg.de)

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## **Ein bonapartistisches Modell?**

Die französischen Regimewechsel von 1799, 1851 und 1940 im Vergleich

Von Jörn Leonhard

### **I. Einleitung: Die Karriere des bonapartistischen Modells**

Unmittelbar nach dem Staatsstreich des Prinzen Louis Bonaparte am 2. Dezember 1851 begann Karl Marx, die Ereignisse in Frankreich in einer Artikelserie für das politisch interessierte Publikum zu analysieren, das mit den Personen und Ereignissen der Revolution seit 1848 vertraut war. Zum Charakter des *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte*, dieser exemplarischen historischen Konstellationsanalyse, gehörten nicht allein die schneidende Schärfe und der polemische Ton, sondern vor allem die gesellschaftsanalytische Zielsetzung: Marx ging es um die Aufdeckung der Gründe, warum die aus der Februarrevolution von 1848 hervorgegangene Zweite Republik scheiterte und deren Einordnung in das marxistische Geschichtsbild und die dialektische Revolutionskonzeption. Marx' Analyse basierte auf der Parallelisierung der Staatsstrieche vom 18. Brumaire 1799 und vom 2. Dezember 1851. Das implizierte einen Vergleich zwischen einer historischen und einer Gegenwartskonstellation. Die Ereignisse vom Dezember 1851 nahmen, so Marx, ausdrücklich Bezug auf den Staatsstreich am 18. Brumaire 1799, als es Napoleon Bonaparte gelungen sei, mit militärischer Gewalt das Direktorium abzulösen und sich selbst zum ersten Konsul zu machen, bevor er sich 1804 selbst zum Kaiser krönen konnte. 1851 sei es dann der Neffe Napoleons gewesen, der als amtierender Präsident der Zweiten Republik die Nationalversammlung aufgelöst und durch Plebiszite zunächst den Staatsstreich und ein Jahr später die Gründung des *Seconde Empire* erfolgreich habe legitimieren lassen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Marx, Karl: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852), in: Ders. und Engels, Friedrich: Werke [MEW], Bd. 8, sowie in Marx Engels Gesamtausgabe [MEGA], Bd. 11, Berlin 1985, S. 96–189, wieder in: Dies.: Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie, Frankfurt/Main 1974, S. 542–573, hier: S. 544ff.; vgl. dazu Furet, François: Marx et la révolution française. Suivi de textes de Karl Marx réunis, présentés, traduits par Lucien Calvié, Paris 1986, sowie Bluhm, H.: Überlegungen zum Verständnis des ‚18ten Brumaire‘, in: Berliner Debatte Initial 6 (1993), S. 77–88, sowie Carver, Terrell: Marx's ‚Eighteenth Brumaire of Louis Bonaparte‘: Democracy, Dictatorship, and the Politics of Class Struggle, in: Baehr, Peter und Richter, Melvin (Hrsg.): Dictatorship in History and Theory: Bonapartism, Caesarism, and Totalitarianism, Cambridge 2004, S. 103–128.

Hegels Prämisse, nach der alle großen weltgeschichtlichen Ereignisse zweimal auftraten, erweiterte Marx in polemischer Schärfe: „*das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce*“.<sup>2</sup> Hier setzte seine Gesellschaftsanalyse ein, die seine Schrift zur Grundlage eines Erklärungsmodells werden ließ, das weit über die konkrete Situation von 1851 hinausweisen sollte. Der Bonapartismus als marxistisches Theorem der Geschichtsinterpretation setzte an der Haltung der französischen Bourgeoisie nach der Februarrevolution 1848 an, als sie immer mehr für ein autokratisches Regime optiert und damit ihr historisches Ziel als Klasse, die selbstbewußte Übernahme auch der politischen Herrschaft, verraten habe. Zunächst habe das Bürgertum zusammen mit den Arbeitern im Februar 1848 die Republik erkämpft und das allgemeine Männerwahlrecht durchgesetzt. Aber bereits in den blutigen Auseinandersetzungen mit dem Proletariat im Juni 1848 sei dieses Bündnis zerbrochen. Im Ergebnis sei es zu einem Vakuum der Klassenkräfte gekommen, so daß weder das geschwächte Proletariat noch die Bourgeoisie die Macht habe erringen können.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund betonte Marx die Rolle der französischen Parzellenbauern und des städtischen Lumpenproletariats, die sich als alternative Basis der bonapartistischen Machtstrategie erwiesen hätten: Zersplittert und isoliert und damit ohne ein eigenes Klassenbewußtsein seien diese Teile der französischen Gesellschaft von den *idées Napoléoniennes* – der Erinnerung an die äußere und vor allem militärische Größe des ersten Kaiserreichs, der Betonung des Bündnisses zwischen Thron und Altar, den sozialen Reformideen Louis Bonapartes und seinem Einsatz für die äußere Größe und militärische Tradition der Nation – besonders angezogen worden. Diese Massenbasis sei ihm in den Wahlen und den Plebisziten schließlich zugute gekommen.<sup>4</sup> Marx setzte damit auf ein gegenüber dem *Kommunistischen Manifest* von 1847 weiter entwickeltes Klassenmodell. Als moderne Form des Caesarismus kam der Bonapartismus danach in dem Augenblick zur Macht, in dem weder Bourgeoisie noch Proletariat stark genug schienen, die Herrschaft zu erringen. Das temporäre Vakuum der Klassenkräfte erlaubte die Verselbständigung der staatlichen Exekutive. Nach dieser Interpretation setzte der Bonapartismus als Herrschaftsstrategie nicht allein auf das Kapital der Bourgeoisie, sondern ebenso auf das Militär und den Staatsapparat sowie auf die pseudodemokratischen

<sup>2</sup> Marx: Brumaire, in: MEW (wie Anm. 1), Bd. 8, S. 115.

<sup>3</sup> Vgl. Marx: Staatstheorie (wie Anm. 1), S. 548ff.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 564–569, sowie Hayes, P.: Utopia and the Lumpenproletariat, in: The Review of Politics, 3 (1988), S. 445–465.

Plebiszite zur Absicherung und Legitimation der einmal gewonnenen Machtstellung. Damit ging es Marx auch um die Wirkung außerökonomischer Faktoren, denn die von ihm angeführten napoleonischen Ideen konturierten eine besondere Erinnerungspolitik und eine Substanz des kollektiven Gedächtnisses.

Diese Interpretamente wiesen über die historische Situation von 1851 hinaus und begründeten einen eigenen Ansatz zur Erklärung von Staatsstreich und totalitären Herrschaftsformen im 20. Jahrhundert, aber auch – wie die Diskussion bonapartistischer Elemente in der Innenpolitik Bismarcks zeigte – zur Thematisierung vermeintlicher Kontinuitätslinien zwischen deutschem Kaiserreich und nationalsozialistischer Machtergreifung.<sup>5</sup> Immer ging es dabei um ein bonapartistisches Modell der Herrschaftserlangung und Systemstabilisierung. Auch die französische Diskussion um die Stabilität und Krise der Dritten Republik wurde immer wieder von der Suggestivkraft des Modells mitbeeinflusst.<sup>6</sup> In einem weiteren Sinne thematisiert dies die *longue durée* der Revolution, die weder 1789 noch 1815 noch 1851 beendet war, wie bereits Alexis de Tocqueville erkannte.<sup>7</sup> Es waren zumal die zahlreichen Regimewechsel Frankreichs seit 1789, die das Land weit über 1799 und 1814/15 hinaus zu einem europäischen Laboratorium politisch-konstitutioneller Experimente werden ließ. Darin spiegelte sich auch in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die Fortsetzung eines Zeitalters revolutionärer Erfahrungsbrüche, das 1789 eingesetzt hatte, sich aber nicht länger retrospektiv auf einen Zeitraum fixieren und damit historisierend beenden ließ.<sup>8</sup> Was die Regimewechsel von 1799, 1851 und 1940 aber von den Daten 1814/15, 1830, 1848 und 1870 unterschied, war die Bedeutung der historischen Persönlichkeiten Napoleon Bonapartes, Louis Napoleons und Pétains, mit denen man die

<sup>5</sup> Vgl. Malaparte, Curzio: *Technique du Coup d'État*, Paris 1931; Luttwak, Edward N.: *Der Coup d'État: oder Wie man einen Staatsstreich inszeniert*, Hamburg 1969; Naudé, Gabriel (Hrsg.): *Considerations politiques sur les Coup d'États*, Paris 1989; Leroy, Pierre, *Coup d'État*, in: Olivier Duhamel und Yves Mény (Hrsg.), *Dictionnaire constitutionnel*, Paris 1992, S. 240–245, sowie Wippermann, Wolfgang: *Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels*, Stuttgart 1983 und Ders.: *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, 5. Aufl. Darmstadt 1989, S. 65–70.

<sup>6</sup> Vgl. Devos, Denise: *La Troisième République et la Mémoire du Coup d'État de Louis Napoléon Bonaparte*, Paris 1992.

<sup>7</sup> Vgl. Tocqueville, Alexis de: A Eugène Stoffels, Brief vom 28. April 1850, in: Alexis de Tocqueville: *Œuvres et correspondance*, hg. von Gustave de Beaumont, Bd. 1, Paris 1861, S. 460f.; vgl. in diesem Kontext auch Richter, Melvin: *Tocqueville and French Nineteenth-Century Conceptualizations of the Two Bonapartes and Their Empires*, in: Baehr und Richter (Hrsg.), *Dictatorship* (wie Anm. 1), S. 83–102.

<sup>8</sup> Vgl. Leonhard, Jörn: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 20ff.

Ereignisse vom Brumaire 1799, dem November 1851 und dem Juli 1940 identifiziert.<sup>9</sup> Ohne die den Akteuren von den Zeitgenossen zugestandene charismatische Qualität läßt sich der Ablauf der Regimewechsel nicht angemessen erklären.<sup>10</sup>

Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden um die Frage, worin die entscheidenden Kennzeichen dieser Regimewechsel liegen. Folgten sie, wie die marxistische Analyse implizierte, einem Handlungsmodell? Welche Aufschlüsse läßt dieses bonapartistische Modell für die konkrete Analyse der historischen Konstellationen von 1799, 1851 und 1940 zu, und was rechtfertigt in diesen unterschiedlichen Situationen die Etikettierung als „bonapartistisch“?<sup>11</sup> Läßt sich in diesen Zusammenhängen überhaupt von einem Modell sprechen, und wo liegen die Grenzen des Erklärungsansatzes? Dazu werden zunächst die Regimewechsel von 1799, 1851 und 1940 symptomatisch zuspitzend einer Konstellationsanalyse unterzogen, um von hier aus die Frage nach der Erklärungsreichweite des bonapartistischen Modells zu beantworten.<sup>12</sup> In diese Untersuchung gehen sowohl politik- und verfassungsgeschichtliche als auch sozialhistorische Aspekte mit ein. Das Ziel besteht in der Unterscheidung zwischen dem vorgestellten bonapartistischen Modell und einer Neubestimmung des Bonapartismus als ein geschichtspolitischer Referenzraum.

## **II. 1799: Bürgerlich-defensive Intention, parlamentarisch verkleidete Staatsstreichpläne und militärischer coup d'état**

Mit dem Sturz Robespierres und dem Zusammenbruch der jakobinischen terreur am 9. Thermidor, dem 27. Juli 1794, kam es keinesfalls zu einer von den bürgerlichen Zeitgenossen erhofften politischen Stabilisierung. Zwar fiel die politische Macht nun an die Konventsmehrheit zurück, aber

<sup>9</sup> Vgl. Choiseil, Francis: *Bonapartisme et Gaullisme*, Paris 1987; Thody, Philip und Waller, Malcom: *French Caesarism from Napoleon I to Charles de Gaulle*, London 1989, sowie Gildea, Robert: *The Past in French History*, New Haven, New Haven 1994, S. 62–111.

<sup>10</sup> Vgl. Nippel, Wilfried: *Charisma und Herrschaft*, in: Ders. (Hrsg.), *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao*, München 2000, S. 7–22.

<sup>11</sup> Vgl. Bluche, Frédéric: *Le Bonapartisme: Aux Origines de la Droite Autoritaire (1800–1850)*, Paris 1980, sowie Ders.: *Le Bonapartisme*, Paris 1980.

<sup>12</sup> Vgl. Groh, Dieter: *Cäsarismus, Napoleonismus, Bonapartismus, Führer, Chef, Imperialismus*, in: Brunner, Otto / Conze, Werner und Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 726–771; Hammer, Karl und Hartmann, Peter Claus (Hrsg.): *Der Bonapartismus. Historisches Phänomen und politischer Mythos*, Zürich 1977; Wehler, Hans-Ulrich: *Bonapartismus oder charismatische Herrschaft? Zur Herrschaftstypologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: Beck, Wolfgang (Hrsg.): *Der Aquädukt. 1763–1988. Ein Almanach aus dem Verlag C.H. Beck im 225. Jahr seines Bestehens*, München 1988, S. 455–469.

angesichts einer permanenten Finanzkrise des Staates und zunehmender Teuerung gerieten die Thermidorianer schon bald unter wachsenden Druck von links und rechts, von ehemaligen Anhängern der Jakobiner und klerikalen sowie royalistischen Gruppen. Das fünfköpfige Direktorium, das seit 1795 die Regierung bildete, sah sich daher in immer kürzeren Abständen gezwungen, auf das Mittel staatsstreichartiger Säuberungen und Repressionen zurückzugreifen, um seine Macht zu erhalten.<sup>13</sup>

Vor diesem Hintergrund stellte der 18. Brumaire 1799 kein unvermeidliches Ziel dar, wie es die retrospektiven zeitgenössischen Deutungen nach 1799 und 1815 häufig nahelegten.<sup>14</sup> Vielmehr reihte sich das Datum aus der Perspektive der Zeitgenossen zunächst nur in eine lange Reihe von Konfliktszenarien ein, welche die politisch-konstitutionelle Krise nach dem Ende der Jakobinerherrschaft reflektierten.<sup>15</sup> Im Mittelpunkt der politischen Krise stand dabei die Frage nach der Zukunft der Verfassung von 1795. Die scharfe Trennung zwischen Legislative und Exekutive ohne Möglichkeit der Vermittlung im Konfliktfall und die enormen Schwierigkeiten, die Verfassung zu revidieren, führte zu immer neuen Krisen.<sup>16</sup> Destabilisierend wirkte sich zudem die Tatsache aus, daß jedes Jahr Neuwahlen für ein Mitglied des Direktoriums und für ein Drittel der Mitglieder

<sup>13</sup> Vgl. Hunt, Lynn / Lansky, David und Hanson, Paul (Hrsg.): *The Failure of the liberal Republic in France, 1795–1799: The Road to Brumaire*, in: *Journal of Modern History* 51 (1979), S. 734–759.

<sup>14</sup> Vgl. Hamon, Léo (Hrsg.): *Entretiens d'Auxerre: Les Cents-Jours dans l'Yonne: Aux Origines d'un Bonapartisme Libéral*, Paris 1988; Alexander, R. S.: *Bonapartism and Revolutionary Tradition in France: The fédérés of 1815*, Cambridge 1991; Ders.: *The Hero as Houdini: Napoleon and 19th century Bonapartism*, in: *Modern & Contemporary France* 4 (2000), S. 457–467, sowie Day-Hickman, B. A.: *Napoleonic Art: Nationalism and the Spirit of Rebellion in France, 1815–1848*, Newark 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Bainville, Jaques: *Le 18 Brumaire et autres écrits sur Napoléon* (1925), Paris 1998; Meynier, A.: *Les Coups d'État du Directoire*, Bd. 3, Paris 1928; Ollivier, A.: *Le Dix-huit Brumaire*, Paris 1959; Castelot, André: *Histoire de Napoleon Bonaparte*, Paris 1969, S. 97–124; Bertaud, Jean-Paul: *Bonaparte prend le Pouvoir: La République meurtelle assassinée?*, Brüssel 1987; Lentz, Thierry (Hg.): *Le 18-Brumaire: Les Coups d'États de Napoléon Bonaparte, novembre-décembre 1799*, Paris 1997; Crook, Malcolm: *Napoleon comes to Power: Democracy and Dictatorship in Revolutionary France, 1795–1804*, Cardiff 1998, S. 44–70; Ollivier, Albert: *Le dix-huit Brumaire: 9 Novembre 1799*, 2. Aufl. Paris 1998; Tulard, Jean: *Le 18 Brumaire: Comment terminer une Révolution*, Paris 1999; Jessenne, J. P. (Hrsg.): *Du Directoire au Consulate: Brumaire dans l'Histoire du lien Politique et de l'État-Nation. Actes du colloque organisé à Rouen les 23 et 24 mars 2000*, Rouen 2001; Boudon, Jaques-Olivier und Ledru, Eric (Hrsg.): *Brumaire: La Prise de Pouvoir de Bonaparte, Actes du Colloque du 17 novembre 1999 organisé par l'Institut Napoléon et la Bibliothèque Marmottan*, Paris 2002; Crook, Malcolm: *Review Article. Time for the Hero? Reappraising Napoleon on the Bicentenary of his Rise to Power*, in: *History* 87/288 (2002), S. 538–547; Boudon, Jaques-Olivier: *Histoire du Consulat et de l'Empire*, 2. Aufl. Paris 2003, sowie Brown, Howard G. und Judith Miller: *Ending the French Revolution: Violence, Justice, Repression*, University of Virginia Press, 2006.

<sup>16</sup> Vgl. Hartmann, Peter Claus: *Französische Verfassungsgeschichte der Neuzeit (1450–2002). Ein Überblick*, 2. Aufl. Berlin 2003, S. 70–74.

jeder Kammer stattfanden, so daß die royalistische wie jakobinische Agitation sich permanent fortsetzen konnte. Als letzter Ausweg schien vor diesem Hintergrund das Mittel der gewaltsamen Unterdrückung, so im Mai 1796 anlässlich des letzten Sansculottenaufstandes unter Babeuf, im September 1797 gegen die Royalisten und im Mai 1798 erneut gegen die Jakobiner. 1797 und 1798 ging man jeweils gegen die aus den Wahlen siegreich hervorgegangene Partei vor. In diesen Fällen „säuberte“ die Exekutive also die mehrheitlich royalistische oder jakobinische Legislative durch einen de facto-Staatsstreich, indem sie sich der Armee bediente und damit einen Mechanismus etablierte, auf den man im November 1799 zurückgreifen konnte. In der Prairial-Krise vom Juni 1799 erzwang dann eine Koalition verschiedener, aus den Wahlen gestärkt hervorgegangener Oppositionsgruppen den Rücktritt von drei der fünf Direktoren.<sup>17</sup>

So fand sich das Direktorium seit Sommer 1799 innen- wie außenpolitisch in einer gefährlichen Defensive.<sup>18</sup> Während Italien militärisch verloren ging und in den Alpen sowie im Oberelsaß eine Invasion der europäischen Koalition drohte, nahm der politische Druck von links seit der Prairial-Krise erneut zu. Pläne für Zwangsanleihen sowie gesetzliche Geiselnahmen zielten gegen die ökonomischen Gewinner seit 1789, die royalistischen Priester sowie den Adel. Auch das Gesetz *Jourdan* vom Juni 1799, das die Wehrpflicht ohne Exemption, das heißt die Stellung bezahlter Ersatzmänner, vorsah, trug zur Beunruhigung bürgerlicher Notabeln bei.<sup>19</sup> Seit Sommer und Herbst 1799 kam es gleichzeitig zu erneuten royalistischen Aufständen in mehreren westlichen Departements.

In dieser Situation entwickelte sich eine Initiative des konservativen Bürgertums, das die ökonomischen und politischen Ergebnisse der moderaten Revolution bis zur terreur zu sichern suchte, also vor allem den Besitz der Nationalgüter, das Ende feudaler Privilegien und die Verteidigung der politischen Macht gegen die Gegner der gemäßigten Revolution von rechts und links, gegen Royalisten und Jakobiner. Diese Zielsetzung zeigte sich exemplarisch an den führenden Akteuren dieser Gruppe, unter denen sich neben Benjamin Constant und den Mitgliedern des Direktoriums Roger-Ducos, Barras und vor allem Sieyès auch Lucien Bonaparte als Präsident des Rates der Fünfhundert fanden. Was diese Gegner von

<sup>17</sup> Vgl. Macdougall, R.: La Consommation de la Première République et le Coup d'État du 30 prairial (18 Juni 1799), in: AHRF (1989), S. 52–74.

<sup>18</sup> Vgl. Brown, Howard G.: The Search for Stability, in: Ders. und Judith Miller (Hrsg.), Taking Liberties. Problems of a new Order from the French Revolution to Napoleon, London 2003, S. 20–50.

<sup>19</sup> Vgl. Dufraisse, Roger: Napoleon. Revolutionär und Monarch. Eine Biographie, München 1994, S. 43.

Zwangsleihe und Wehrdienst mit den politisch immer ambitionierteren Generälen wie Moreau, Joubert und Bonaparte verband, war die Grundidee, das Prinzip nationaler Souveränität mit einer handlungsfähigen, starken Regierung zu verbinden. Dabei sollte die Wahl durch das Prinzip der Kooptation ersetzt werden, um die politischen Entscheidungsprozesse von extremistischen Wahlausgängen und damit von der politischen Agitation abzuschirmen.<sup>20</sup>

Vor allem Sieyès, der mit seiner Schrift *Qu'est-ce que le tiers état* von 1789 selbst einen der entscheidenden publizistischen Impulse zur politisch-konstitutionellen Revolution des Bürgertums gegeben hatte und 1799 als dominierendes Mitglied des Direktoriums agierte, ging es um eine grundlegende Verfassungsänderung, nicht aber um die Aufgabe der republikanischen Staatsform an sich.<sup>21</sup> Der Schein der Legalität sollte gewahrt werden, indem die beiden Kammern, nach einer vorbereitenden Pressekampagne und dem Rücktritt von drei der fünf Direktoren, eine weitgehende Verfassungsrevision beschließen sollten. Für diese Strategie eines parlamentarisch flankierten Staatsstreichs benötigte man die Unterstützung der Armee als Drohkulisse. Anders als in den Krisen zuvor sollte die Armee nun als Werkzeug der Republik aber nicht gegen Sansculotten, Jakobiner oder Royalisten, sondern gegen eine republikanisch gesinnte Mehrheit in den Kammern vorgehen.<sup>22</sup> In dieser Situation kam der Politisierung der Armeeführung entscheidende Bedeutung zu.<sup>23</sup> Bereits im Jahre VII hatten nicht weniger als 14 Generäle für einen Sitz im Direktorium kandidiert. Keinesfalls war die Wahl Bonapartes unausweichlich; der von Sieyès in Betracht gezogene gemäßigte Republikaner und General Joubert fiel im August 1799 in Italien.<sup>24</sup>

Der Verlauf des 18. Brumaire selbst zeigte das Scheitern des ursprünglichen Planes von Sieyès. Dem Entschluß des Rats der Alten, den Tagungsort der Kammern wegen eines angeblichen jakonischen Komplotts nach

<sup>20</sup> Vgl. Woloch, Isser: *Napoleon and his Collaborators. The Making of a Dictatorship*, New York 2001.

<sup>21</sup> Vgl. Scuccimarra, Luca: *La Sciabola di Sieyès: Le Giornate di Brumaio e le Genesi del Regime Bonapartista*, Bologna 2002.

<sup>22</sup> Vgl. Brown, Howard G.: *War, Revolution, and the Bureaucratic state. Politics and Army Administration in France 1791–1799*, Oxford 1995, sowie Ders.: *From Organic Society to Security State: The War on Brigandage in France, 1797–1802*, in: *Journal of Modern History* XLIX (1997), S. 611–695.

<sup>23</sup> Vgl. Kruse, Wolfgang: *Die Erfindung des modernen Militarismus. Krieg, Militär und bürgerliche Gesellschaft im politischen Diskurs der Französischen Revolution 1789–1799*, München 2003, S. 331–360.

<sup>24</sup> Vgl. Dufraisse: *Napoleon* (wie Anm. 19), S. 43f.

St. Cloud zu verlegen und dem verabredeten Rücktritt der drei Direktoren folgte der mißlungene Auftritt Bonapartes im Rat der Fünfhundert. Entgegen der Hoffnung des erfolgreichen Militärführers, der nach seinem begeisterten Empfang bei der Rückkehr nach Frankreich aus Ägypten ganz auf seine Popularität als Revolutionsgeneral setzte, formierte sich Widerstand gegen die von den Abgeordneten wahrgenommene drohende Militärdiktatur. So sahen sich die bürgerlichen Akteure gezwungen, die Legalitätsstrategie aufzugeben und militärisch gegen den Rat der Fünfhundert zu intervenieren. Lucien Bonapartes Rede an die Truppen, Mitglieder der Kammer bedrohten das Leben seines Bruders, des Helden von Toulon und Ägypten, führte zum Eingreifen des Militärs und zur gewaltsamen Vertreibung der Abgeordneten. Selbst jetzt dominierten Lucien Bonaparte und Murat das Geschehen, nicht aber Napoleon Bonaparte. Nach dem Eingreifen des Militärs bemühte man sich erneut im Sinne der Legalitätsstrategie um ein Votum einer improvisierten Rumpfversammlung, die schließlich eine provisorische Exekutive mit den drei Konsuln Sieyès, Bonaparte und Roger-Ducos bestimmte. Sie sollte eine neue, von Plebisziten bestätigte Verfassung ausarbeiten.<sup>25</sup> Eine konsequente jakobinische Gegenbewegung blieb weitgehend aus.<sup>26</sup>

Damit stand am Anfang des bonapartistischen Modells ein Paradox: Erst das Scheitern der als parlamentarische Verfassungsrevision geplanten Aktion erzwang den militärischen *coup d'état*. Bonaparte verdankte seine beherrschende Rolle aber erst der retrospektiven Deutung nach 1799, aus der Perspektive einer Herrschaftsteleologie des Kaiserreichs, in dem politische und gesellschaftliche Errungenschaften der Revolution mit neuen Legitimationsmustern der siegreichen *nation militaire* und der postrevolutionären Versöhnung zwischen Adel, Kirche und Bürgertum zusammenkamen.<sup>27</sup> Erst die dominierende Position Bonapartes als Erster Konsul verdeckte die Tatsache, daß er selbst weder in der politischen Planung, noch bei der praktischen Durchführung des 18. Brumaire eine ent-

<sup>25</sup> Vgl. Musée Municipal (Hrsg.): *Du Coup d'État de Brumaire a la Fin de l'Empire – Napoleon Bonaparte à Saint-Cloud*, Saint-Cloud 1999.

<sup>26</sup> Vgl. Woloch, Isser: *Réflexions sur les réactions à Brumaire dans les milieux républicains provinciaux*, in: *Mélanges Michel Vovelle: Sur la révolution: Approches plurielles*, Paris 1997, S. 309–318, sowie Gainot, Bernard: *1799, Un nouveau Jacobinisme? La Démocratie Representative, une Alternative à Brumaire*, Paris 2001.

<sup>27</sup> Vgl. Broers, Michael: *The First Napoleonic Regime, 1799–1815 : The Origins of the Positivist Right or the Zenith of Jacobinism?*, in: Atkins, Nicholas und Tallett, Frank (Hrsg.): *The Right in France: 1789–1997*, London 1997, S. 19–34; vgl. zum Kontext auch Tulard, Jean: *L'Anti-Napoleon. La légende noir de l'Empereur*, Paris 1965; Ders.: *Napoleon ou le Mythe du Sauveur*, Paris, Fayard, 1986, sowie Petiteau, Natalie: *Napoléon. De la Mythologie à l'histoire*, Paris 1999.

scheidende Rolle gespielt hatte.<sup>28</sup> Einen Einschnitt bildete der 18. Brumaire 1799 zunächst vor allem durch die Funktion des Militärs und seines seit dem Italien-Feldzug populär gewordenen Führers Bonaparte. Die Armee übernahm nunmehr endgültig jene Funktion, welche den Sansculotten beim Aufstieg der Jakobiner zugefallen war, sie wurde zum politisch machtvollen Symbol der Revolution und ihres Abschlusses. Das bildete eine der bis 1814/15 entscheidenden Legitimationsreserven des bürgerlichen Konsuls Bonaparte wie des Kaisers Napoleon.

### **III. 1851: Politisch-gesellschaftliche Polarisierung, Revolutionsfurcht und bonapartistische Geschichtspolitik**

Wie Bonaparte 1799, so erschien auch sein Neffe Louis Napoleon 1851 als ein durch die vorangegangenen Ereignisse weitgehend unbelasteter Politiker.<sup>29</sup> Ganz anders als im Falle Bonapartes 1799 handelte Louis Napoleon aber von vornherein als eigenständiger Akteur und entzog sich der einseitigen Vereinnahmung durch die bürgerlich-konservative Notabeln-elite im Parlament. Dabei gelang es ihm, erfolgreich eine bonapartistische Geschichtspolitik anzuwenden, auf die er seit den 1830er Jahren gesetzt hatte, um sich in einer polarisierten politischen Situation als einzig möglicher und historisch prädestinierter Retter der Nation zu empfehlen.<sup>30</sup> Zu dieser Konstellation trugen wesentlich die Entwicklungen seit Februar 1848 bei. Denn am Ende der Februarrevolution und der blutigen Niederschlagung des Juniaufstandes der Pariser Arbeiter war zwar die Entscheidung gegen die soziale Republik gefallen, aber keinesfalls eine politisch stabile bürgerliche Republik entstanden. Dazu kamen die in den Verfassungsberatungen zutage tretenden Erwartungen, die in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland von vornherein stärker auf die Frage der sozialen Grundrechte abhoben und damit den Gegensatz zwischen radikalen Republikanern und sozial konservativem Besitzbürgertum auch über den Juni 1848 hinaus fortschrieb.<sup>31</sup>

<sup>28</sup> Lyons, Martyn: *Napoleon Bonaparte and the Legacy of the French Revolution*, Cambridge 1994, sowie Lentz, Thierry: *Le Grand Consulat, 1799–1804*, Paris 1999.

<sup>29</sup> Vgl. Girard, Louis: *Napoleon III*, Paris 1986; Ménager, Bernard: *Les Napoleon du Peuple*, Paris 1988; Minc, Alain: *Louis-Napoléon Revisité*, Paris 1996; Aprile, Sylvie: *Le IIe République et le Second Empire: 1848–1870: Du Président à Napoleon III*, Paris 2000, sowie Milza, Pierre: *Napoléon III*, Paris 2004.

<sup>30</sup> Vgl. Talman, Jeff: *Aux origines du Bonapartisme: le Coup d'État 1836 et 1840. Mémoire de Maitrise sous la direction de Francis Démier*, Paris 1995.

<sup>31</sup> Vgl. Merriman, John M.: *The Agony of the Republic. The Repression of the Left in Revolutionary France 1848–1851*, New Haven 1978, sowie Murat, Inès: *La Deuxième République: 1848–1851*, Paris 1987.

Die Verfassung der Zweiten Republik sah eine aus einer Kammer bestehende Legislative und einen aus direkten demokratischen Wahlen bestimmten Präsidenten mit starker Exekutivgewalt – Ministerernennung und -entlassung, Verwaltungskontrolle, militärischer Oberbefehl und Leitung der Außenpolitik – vor, die allerdings von der verfassungsmäßigen Reduzierung auf eine Amtsperiode beschränkt wurde.<sup>32</sup> Bereits in der Präsidentenwahl vom Dezember 1848 zeigte sich der überragende Erfolg der bonapartistischen Geschichtspolitik, mit der Louis Bonaparte operierte, indem er sich als nationale Retterfigur stilisierte, die allein Frankreich vor sozialer Anarchie und Verarmung retten könne. Neben dem Selbstbild als Garant der bürgerlichen Eigentums- und Rechtsordnung stand Louis Napoleons progressives Leitbild, das sich nicht zuletzt in seinen sozial-reformerischen Schriften gegen den Pauperismus niedergeschlagen hatte.<sup>33</sup> Damit setzte er sich erfolgreich gegen die Akteure der ersten Revolutionsphase durch: gegen Lamartine als Integrationsgestalt des Februar 1848, gegen Ledru-Rollin als Vertreter der sozialen Republik, sowie gegen Cavaignac als Repräsentanten der Ordnungspartei, der den Juniaufstand erfolgreich niedergeschlagen hatte.

Louis Bonapartes Wahl reflektierte eine komplexe politische und soziale Konstellation, die auch von den Zeitgenossen als besondere Strategie wahrgenommen wurde: Sie stand für den Gegensatz zwischen der in demokratischen Wahlen dominierenden revolutionskritisch und sozialdefensiv eingestellten Landbevölkerung und den republikanischen Zentren, sie bedeutete den Protest gegen die soziale Republik und die befürchtete Anarchie der Straße, aber sie repräsentierte auch den Widerstand gegen die Republik der Bourgeoisie. So erhielt Louis Bonaparte nicht allein hohe Stimmenanteile auf dem Land und in katholisch geprägten Landesteilen, sondern auch in vielen Städten, wo sich zahlreiche Arbeiter und Kleinbürger zunehmend enttäuscht von der Republik zeigten.<sup>34</sup> Bereits hier zeigt sich, daß Marx' Klassenanalyse von 1851 nicht ohne weiteres den komplexen Frontlinien entsprach, welche die Konfliktlagen bezeichneten. Entscheidend wurde seit der Präsidentenwahl im Dezember 1848 die sich vertiefende politische Polarisierung, wie der Wahlkampf anlässlich der Parlamentswahlen im Mai 1849 zeigte. Zwar konnte sich der *parti de l'ordre* mit 450 von 715 Parlamentssitzen durchsetzen, aber die Wahl von annähernd 200 Kandidaten der demokratisch-sozialistischen Republikaner

<sup>32</sup> Vgl. Hartmann: Verfassungsgeschichte (wie Anm. 16), S. 101–106.

<sup>33</sup> Vgl. Extinction du pauperisme, Paris 1844.

<sup>34</sup> Vgl. Agulhon, Maurice: The Republican Experiment 1848–1851, Cambridge 1983, S. 71ff.

offenbarte die Existenz der antagonistischen *deux France*, einer politisch-gesellschaftlichen Konfliktlage zwischen unterschiedlichen soziokulturellen und ideologischen Milieus, in der sich die konfliktreiche Deutung von 1789 fortsetzte und die Frankreich bis weit ins 20. Jahrhundert prägen sollte. Die relativen Erfolge der Linken, vor allem aber der Appell der parlamentarischen Republikaner an die Straße, um das Vorgehen der Regierung zur Unterstützung des Papstes gegen die Römische Republik unter Giuseppe Garibaldi zu verhindern, verstärkten die verbreiteten Ängste bürgerlicher Notabeln vor einem Wiederaufleben der sozialen Revolution.<sup>35</sup>

Dieser sich zuspitzenden Polarisierung folgte 1849/50 eine durch die konservative Parlamentsmehrheit getragene Phase politisch restaurativer, revisionistischer und sozialdefensiver Gesetzgebung. Charakteristisch war zumal die neue *Loi Falloux*, das nicht allein der katholischen Kirche einen erheblichen Einfluß auf Schulen und Universitäten erlaubte, sondern sich zugleich gegen die Volksschullehrer als potentielle Multiplikatoren der revolutionär-republikanischen Protestkultur wandte. Als sich in Nachwahlen daraufhin einzelne linksrepublikanische Erfolge einstellten, reagierte die konservative Mehrheit der Nationalversammlung mit einem neuen Wahlgesetz, das den Zugang der Unterschichten zu den Wahlen einzuschränken suchte.<sup>36</sup>

In dieser Situation entstand der Staatsstreichplan Louis Bonapartes.<sup>37</sup> Ursprünglich ging es auch ihm, ähnlich wie Sieyès 1799, um eine Verfassungsrevision, die eine Wiederwahl des Amtsinhabers auch über 1852 hinaus ermöglichen sollte. Ohne verfassungsverändernde Mehrheit im Parlament schien allein der *coup d'état* eine Lösung der latenten Krise zu bieten. Dabei verfolgte Louis Napoleon eine charakteristische Doppelstrategie: einerseits durch gezielte Konfrontation mit der konservativen Parlamentsmehrheit, der er die Aushöhlung des im allgemeinen Wahlrecht garantierten Prinzips der Volkssouveränität vorwarf, andererseits durch zahlreiche Reisen in die Provinz und öffentliche Reden, in denen er sich als Verfechter der bürgerlichen Eigentumsordnung und als Garant eines integrativen Bündnisses zwischen Staat und katholischer Kirche präsen-

<sup>35</sup> Vgl. Tulard, Jean: Frankreich im Zeitalter der Revolutionen 1789–1851, Stuttgart 1989, S. 458f.

<sup>36</sup> Vgl. Agulhon: Experiment (wie Anm. 34), S. 119–130

<sup>37</sup> Agulhon, Maurice: Coup d'État et République, Paris 1997; Aprile, Sylvie und Huard, Raymond: Le coup d'État du 2 décembre 1851. Bibliographie, in: Revue d'histoire du XIXe siècle 22 (2001), 19 S.; Cassina, Cristina: Il Bonapartismo, o la falsa Eccezione: Napoleon III, i Francesi e la Tradizione Illiberale, Roma 2001; Ceretta, Manuela (Hrsg.): Napoleone e il Colpo di Stato 1851, Florenz 2003, sowie Hazareesingh, Sudhir: Bonapartism as the Progenitor of Democracy. The Paradoxical Case of the French Second Empire, in: Baehr und Richter (Hrsg.), Dictatorship (wie Anm. 1), S. 129–152.

tierte. Auf die Lähmung der politisch-parlamentarischen Eliten und die Zersplitterung der Fraktionen wirkte das bonapartistische Legitimationsmuster, jene Mischung aus plebiszitärem Appell als Ausweis der revolutionär errungenen Volkssouveränität und Staatsbürgernation, der Garantie besitzbürgerlicher Errungenschaften, der militärischen Politik der Stärke nach außen und der bewußten geschichtspolitischen Anknüpfung an das Erste Kaiserreich umso suggestiver.

Dieser Strategie entsprach der Ablauf des 2. Dezember 1851 mit der Auflösung der Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung, über die in einem Plebiszit entschieden werden sollte, das dem neuen Regime zugleich eigene Legitimation sichern sollte.<sup>38</sup> Gegenüber früheren Krisen bildete Paris aber im Dezember 1851 nun nicht mehr das Zentrum des republikanischen Widerstandes. In zahlreichen kleinen Landstädten formierten sich republikanische Gruppen, wobei sich häufig politisch-ideologische Leitbilder mit traditionellen Interessen und sozialdefensiven Protesten überlagerten.<sup>39</sup> Der unkoordinierte Charakter dieser Widerstände, die militärisch rasch niedergeschlagen werden konnten, und der augenscheinliche Erfolg des zweiten Plebiszits im Dezember 1852, mit dem Revolution und Republik formell beendet und ein Zweites Kaiserreich etabliert wurde, täuschte über die fortwirkenden republikanischen Erwartungen hinweg.<sup>40</sup> Als die militärische Krise 1870 die Delegitimation des Empire einleitete, zeigte sich die oppositionelle Stärke der Republikaner unter der Oberfläche der imperialen Stilisierung.<sup>41</sup> So brach der Antagonismus der *deux France* mit aller Vehemenz erneut hervor und verband

<sup>38</sup> Vgl. Tulard: Frankreich (wie Anm. 35), S. 466–469; Wright, Vincent: The Coup d'État of December 1851. Repression and the Limits of Repression, in: Roger Price (Hrsg.): Revolution and Reaction: 1848 and the Second French Republic, London 1975, S. 303–333, sowie Tulard, Jean: Souvenir Napoléonien. Pourquoi réhabiliter le Second Empire? Actes du Colloque. Palais des Congrès de Paris 21 octobre 1995, Nizza 1997, S. 37–84.

<sup>39</sup> Vgl. Willette, Luc: Le Coup d'État du 2 décembre 1851. La résistance républicaine au coup d'État, Paris 1982, sowie Andréani, Roland und Leulliez, Marianne (Hrsg.): De la Révolution au Coup d'État (1848–1851). Les Repercussions des événements parisiens entre Alpes et Pyrénées. Actes du colloque des 18 et 19 septembre 1998, Montpellier 1999.

<sup>40</sup> Vgl. Zeldin, Theodore: The Political System of Napoleon III, Oxford 1963; Campbell, Stuart L.: The Second Empire Revisited. A Study in French Historiography, New Brunswick 1978; Wüstenmeyer, Manfred: Demokratische Diktatur: Zum politischen System des Bonapartismus im Zweiten Empire, Köln 1986; Miquel, Pierre: Le Second Empire, Paris 1992; Tulard, Jean (Hrsg.): Dictionnaire du Second Empire, Paris 1995; Bluche, Frédéric (Hrsg.): Le Prince, le peuple et le Droit. Autour des Plébiscites de 1851 et 1852, Paris 2000, sowie Price, Roger: The French Second Empire. An Anatomy of Political Power, Cambridge 2001.

<sup>41</sup> Vgl. Hazareesingh, Sudhir: From Subject to Citizen: The Second Empire and the Emergence of Modern French Democracy, Princeton 1998; Kale, Steven D.: Legitimism and the Reconstruction of French Society, 1852–1883, Baton Rouge 1992, sowie Price, Roger: People and Politics in France, 1848–1870, Cambridge 2004.

1871 Krieg, Revolution und Bürgerkrieg miteinander. Das monarchisch-imperiale Experiment war nach den Versuchen von 1814/15, 1830 und 1852 endgültig gescheitert.<sup>42</sup>

#### **IV. 1940: Nationaler Opfermythos und doppelter Bonapartismus im Zeichen von äußerer und innerer Krise**

*C'est Pétain, qu'il nous faut* lautete der Titel eines bereits 1935 erschienenen und in der französischen Öffentlichkeit vieldiskutierten Essays.<sup>43</sup> Eine Präsidentschaft des Marschalls, zu dieser Zeit Kriegsminister im Kabinett Doumergue, erschien als einziger Weg aus der zunehmenden innenpolitischen Krise und außenpolitischen Schwäche der Dritten Republik, wie sie sich in den schweren Unruhen von 1934 und dem Erstarren rechtsradikaler Ligen zeigte.<sup>44</sup> Bereits hier zeigte sich der Zusammenhang zwischen der innenpolitischen Krise der Dritten Republik und dem Erfolg der bonapartistischen Erinnerungspolitik, die aber nun nicht mehr länger auf die napoleonische Dynastie setzte, sondern im Zeichen der Republik den militärischen Helden des Ersten Weltkriegs in den Vordergrund rückte.<sup>45</sup> Für die pro-pétainistische Propaganda, die sich seit dem Ende der 1920er Jahre immer stärker entwickelt hatte, stellte das bonapartistische Paradigma einen zentralen Anknüpfungspunkt dar. So forderte Gustave Hervé 1926 eine plebiszitäre Republik, für die Politiker wie Paul Deroulède gekämpft hätten. 1934/35 hob Hervé hervor, Frankreich müsse weder einem italienischen noch deutschen Modell folgen, denn mit der plebiszitären Republik, welche eine Synthese aus bonapartistischer und republikanischer Tradition darstelle, verfüge Frankreich über eine eigene Alternative zur parlamentarischen Demokratie, die sich im Übergewicht der Legislative und der parteipolitischen Zerplitterung immer mehr selbst lähme und eine machtvolle Außenpolitik Frankreichs verhindere.<sup>46</sup>

Auch in der latenten politischen Krise der Dritten Republik bildete der Plan einer Verfassungsrevision wie 1799 und 1851 den Auftakt zum Regimewechsel. Eine Parlamentsmehrheit sollte die Direktwahl eines Präsidenten mit großen Machtbefugnissen ermöglichen. Als geeigneter Kan-

<sup>42</sup> Vgl. Plessis, Alain: *The Rise and Fall of the Second Empire, 1852–1871*, Cambridge 1989, S. 152–170.

<sup>43</sup> Hervé Gustave: *C'est Pétain qu'il nous faut!*, Paris 1935.

<sup>44</sup> Vgl. Nolte Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus*, 8. Aufl. München 1990, S. 116–124, sowie Sternhell, Zeev: *Ni droite, ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, Paris 1983.

<sup>45</sup> Thody und Waller (Hrsg.): *Caesarism* [wie Anm. 9], S. 75–99; Ferro, Marc: *Pétain*, Paris 1987; Atkin, Nicholas: *Pétain*, London 1998, sowie Fischer, Didier: *Le Mythe Pétain*, Paris 2002.

<sup>46</sup> Vgl. Anm. 43, sowie Hervé, Gustave: *Une voix de France*, Zürich 1934.

didat kam aber seit dem Tod des Prinzen Victor-Napoleon 1926 nicht länger ein Mitglied der napoleonischen Dynastie in Frage, sondern allein Marschall Pétain. Von ihm, so die Erwartung, gehe keine Infragestellung republikanischer Werte aus. Zugleich stehe seine Biographie als charismatischer militärischer Führer während des Ersten Weltkrieges, vor allem als Sieger von Verdun und Retter in der Meutereikrise von 1917, für seine nationalintegrative und gesellschaftlich versöhnende Wirkung.<sup>47</sup>

Der Regimewechsel vom Sommer 1940, das Ende der Dritten Republik und die Installation des *État français*, erscheinen vor diesem Hintergrund nicht allein als unmittelbares Ergebnis der äußeren Niederlage Frankreichs gegen die deutsche Invasion und die Besetzung großer Teile des Landes, so sehr diese Krise den Handlungsdruck für die politischen Eliten erhöhte.<sup>48</sup> Aber bereits vor dem Sommer 1940 hatten sich dramatische innenpolitische Spannungen abgezeichnet, wie vor allem die gewaltsame Unterdrückung der Kommunistischen Partei und ihrer Zeitungen anlässlich des Abschlusses des Hitler-Stalin-Paktes im Sommer 1939 gezeigt hatten. Bereits vor dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs war Pétain auf legalem Wege vom Staatspräsidenten zum Vorsitzenden des Staatsrates ernannt worden.<sup>49</sup> Vor diesem Hintergrund wird klar, warum die Frage nach einem *coup d'état* Pétains bis heute umstritten ist. In vieler Hinsicht entlastete die These vom Staatsstreich die politischen Eliten vom Vorwurf der Mitwirkung an der Auflösung der Dritten Republik, und es war kein Zufall, daß die Staatsstreichthese vor allem nach der Befreiung 1944 und im Rahmen des Pétain-Prozesses 1945 vorgebracht wurde.<sup>50</sup>

Zwar betrieb Pierre Laval bereits längerfristig die Demontage der parlamentarischen Republik, wobei er dezidiert mit dem bonapartistischen Mythos Pétains als prädestinierter Retter der Nation operierte. Zur Zuspitzung der Krise kam es aber erst, als Pétain am 16. Juni 1940 seinen Rücktritt als Minister erklärte und damit das Ende der Regierung Reynaud erzwang. Als Staatspräsident Lebrun Pétain daraufhin gegen den erklärten

<sup>47</sup> Vgl. Servent, Pierre: Verdun ou les tranchées de la mémoire, Paris 1992.

<sup>48</sup> Vgl. Burrin, Philippe: La France à l'heure allemande, Paris 1995, sowie Levy, Jean und Pietri, Simon: De la République à l'État Français 1930–1940. Le chemin de Vichy, Paris 1996.

<sup>49</sup> Vgl. Hartmann, Peter Claus: Französische Geschichte 1914–1945. Literaturbericht über Neuererscheinungen von 1964 bis 1978, München 1985, S. 80f., sowie Martens, Stefan: „Drôle de guerre“ – Occupation – Épuration: Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: NPL 37 (1992), S. 185–213, hier: S. 192ff.

<sup>50</sup> Vgl. Leonhard, Jörn: Mythisierung und Mnesie – Das Bild Philippe Pétains im Wandel der politisch-historischen Kultur Frankreichs seit 1945, in: Berger Waldenegg, Georg Christoph und Loetz, Francisca (Hrsg.): Führer der extremen Rechten. Das schwierige Verhältnis der Nachkriegsgeschichtsschreibung zu ‚großen Männern‘ der eigenen Vergangenheit, Zürich 2006, S. 109–129.

Willen der Präsidenten von Kammer und Senat mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte, nutzte dieser die in der akuten Krise erweiterten Handlungsspielräume. Die nach Vichy einberufene Nationalversammlung aus Kammer und Senat versammelte 670 von 932 Abgeordneten, nachdem zahlreiche oppositionelle Mitglieder Ende Juni nach Nordafrika geflüchtet waren, um von dort aus den Kampf gegen Deutschland fortzusetzen. Am 9. Juli sprach sich die Nationalversammlung in Vichy für eine grundsätzliche Verfassungsrevision aus, und nur einen Tag später votierte sie mit 569 Stimmen für ein Gesetz, das „*alle Macht*“ an „*die Regierung der Republik unter der Autorität und Verantwortlichkeit des Marschalls Pétain*“ übergab, „*um eine neue Verfassung des État français*“ auszuarbeiten, die auf den Grundsätzen von „*travail, famille et patrie*“ aufbauen und durch die Nation ratifiziert werden sollte.<sup>51</sup> Prinzipiell folgte dieses Verfahren dem Verfassungsgesetz von 1875, mißachtete aber das Gebot in Artikel 2 des Gesetzes vom Februar 1884, nach dem die Republik als Regierungsform Frankreichs unantastbar war. Mit dem *État français*, der Abschaffung des Amtes des Staatspräsidenten und der Suspension des parlamentarischen Prinzips, der Vereinigung von Legislative und Exekutive in den Händen Pétains und der Einrichtung eines Gerichtshofs zur Aburteilung der für die Niederlage Verantwortlichen wurde der Regimewechsel komplettiert. Pétain und Laval konnten in der konkreten Situation des Sommers 1940 den Regimewechsel auch deshalb durchsetzen, weil sie auf die Unterstützung weiter Teile der politisch-parlamentarischen Elite rechnen konnten. Das ideologische und politisch-symbolische Bindeglied war dabei nicht allein der Antibolschewismus, sondern vor allem die erfolgreiche bonapartistische Stilisierung des Marschalls und seines persönlichen Opfers für die *patrie en danger*.<sup>52</sup>

Aber zugleich zeigten sich mit dem Übergang von der Dritten Republik zum *État français* die Grenzen des Bonapartismus. An mindestens vier Aspekten wird dies deutlich: Es gab keinerlei Plebiszit über die einem Ermächtigungsgesetz gleichkommenden Beschlüsse vom 9. und 10. Juli 1940, die das bonapartistische Vorbild von 1799 und 1851 nahe legte. Zweitens ging die Monopolisierung der Macht in den Händen Pétains über eine bloße Stärkung der Exekutive nach bonapartistischem Muster weit hinaus, denn der Auflösung von Kammer und Senat folgte lediglich die Beratung von drei Verfassungsentwürfen, von denen keine die direkte

<sup>51</sup> Schmale, Wolfgang: Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2000, S. 267.

<sup>52</sup> Vgl. Burrin, Philippe: Vichy. Die Anti-Republik, in: Nora, Pierre (Hrsg.): Erinnerungsorte Frankreichs, München 2005, S. 134–156.

Wahl des Staatsoberhauptes vorsah. Keiner der Verfassungsentwürfe wurde verabschiedet oder gar einem Plebiszit zugrundegelegt.<sup>53</sup> Drittens blieb eine entscheidende Prämisse des Bonapartismus – die Politik der militärischen Stärke im Sinne nationaler *grandeur* nach außen – durch die engen außenpolitischen Handlungsspielräume des Vichy-Regimes unerfüllt. Dies trug – viertens – wie auch die zunehmend unpopulären Maßnahmen der Regierung wie der Arbeitskräfteeinsatz, die konservative Familien- und Erziehungspolitik und die Kollaboration mit den deutschen Besatzern dazu bei, daß der Anspruch des Regimes, den ideologischen und gesellschaftlichen Antagonismus im Zeichen einer Versöhnung wieder zusammenzuführen, immer weniger erfüllt werden konnte. Das Volk der 40 Millionen *Pétainistes* von 1940 zerfiel innerhalb kurzer Zeit in passive Kollaborateure und ein breites Spektrum von Widerstandszirkeln. Dabei setzte sich auch die ideologische Polarisierung bald wieder durch. So stand Frankreich zum Zeitpunkt der Befreiung 1944 am Rande eines Bürgerkrieges. Der bonapartistische Anspruch der Versöhnung und Integration hatte sich im Gegensatz zu 1799 und 1851 bereits bald nach der Etablierung des *État français* erschöpft. Dagegen, und hier zeigte sich der „doppelte“ Bonapartismus im Zeichen der Krise seit 1940, gelang es langfristig Charles de Gaulle, erfolgreich an bonapartistische Politikelemente anzuknüpfen, nicht zuletzt in der Krise der Vierten Republik von 1958.<sup>54</sup> So sind bestimmte Aspekte wie die Direktwahl und Stellung des Staatspräsidenten in der Fünften Republik, die plebiszitäre Absicherung präsidialer Entscheidungen, der Stellenwert nationaler Souveränität und die am *grandeur*-Konzept ausgerichtete Außenpolitik langfristig nur aus der Tradition des Bonapartismus, seiner *longue durée* als historischer Handlungsrahmen und geschichtspolitischer Orientierungspunkt zu erklären.

## V. Das bonapartistische Modell und die Zyklen französischer Regimewechsel: Retrospektive Erfolgslogik, erfundener Mythos und geschichtspolitisches Kapital

(1) Das bonapartistische Modell, wie es sich als historiographisches Paradigma entwickelt hat, war ein Produkt der retrospektiven Erfolgslogik und der postrevolutionären Erfindung nach 1799 und nach 1815, also aus der Erfahrungsperspektive des napoleonischen Kaiserreichs. Ganz im Gegensatz zu Bonapartes faktischer Rolle während des 18. Brumaire 1799

<sup>53</sup> Vgl. Hartmann: Verfassungsgeschichte (wie Anm. 16), S. 128–132.

<sup>54</sup> Vgl. Waechter, Matthias: Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940 bis 1958, Göttingen 2006, S. 30–53.

und zum Charakter des Staatsstreichs selbst – erst Bonapartes Versagen erzwang das Eingreifen des Militärs – stand die Deutung ex post facto. Zum zeitgenössischen Modell wurde der *coup d'état* des ehrgeizigen Revolutionsgenerals von 1799 auch semantisch erst nach 1820, vor allem durch die geschichtspolitische Berufung des Neffen Louis Bonaparte auf das Vorbild des Onkels in der Krise der Zweiten Republik von 1850/51 und die pointierte Parallelisierung der beiden Konstellationen von 1799 und 1851 im Sinne eines Erklärungsmodells durch Karl Marx. Im Zeichen dieser suggestiven Bonapartismus-These ließen sich dann nicht nur innenpolitische Krisen der Dritten Republik wie die Boulanger-Krise, sondern auch noch das Ende der Republik im Sommer 1940 interpretieren.

(2) Die Analyse der drei Regimewechsel legt aber eine genaue Unterscheidung zwischen einem bonapartistischen Modell und dem Bonapartismus als Herrschaftsstil einerseits und dem erfundenen Mythos und geschichtspolitischen Kapital andererseits nahe, auch wenn sich diese Dimensionen immer wieder verschränkten. Hinter den historischen Regimewechseln von 1799, 1851 und 1940 stand kein bonapartistisches Modell im Sinne eines uniformen politisch-konstitutionellen Krisenszenarios oder einer Klassenkonstellation, die sich ohne weiteres auf ganz unterschiedliche historische Situationen anwenden ließ. Aber alle drei Regimewechsel verband der nach 1799 und 1815 erfundene Mythos einer Rettung der Nation aus einer existenziellen Krisensituation durch einen charismatischen Helden der Nation. Alle drei Regimewechsel nahmen ihren Ausgang von gescheiterten Verfassungsrevisionen mit dem Ziel einer Stärkung der Exekutive. Jedoch fällt der Kontrast zwischen der progressiven Selbsteutung Napoleons I. und seines Neffen einerseits und der traditional-autoritären Ausrichtung Pétains auf, der jedes positive Bekenntnis zu 1789 und dem Prinzip der Volkssouveränität fehlte. Während man nach 1799 und 1851 auf dieses Prinzip der revolutionär errungenen Volkssouveränität und eine in Plebisziten verankerte Legitimitätstaktik setzte, fehlten solche Versuche nach der Installierung des *État français* 1940. Erst Charles de Gaulle konnte sich in bewußtem Gegensatz zu Pétain erneut auf diesen Legitimationsrahmen berufen.

(3) 1799 ging die Initiative zum Staatsstreich eindeutig von der bürgerlichen Elite des Direktoriums selbst aus, den besitzbürgerlichen Gegnern der Zwangsanleihe, den ideologischen Führern des Institut de France, den bildungsbürgerlichen Mitgliedern der Pariser Salons um Constant sowie den politisch ambitionierten Generälen. Sie alle sahen in Bonaparte ein willfähiges Instrument ihrer Pläne. 1851 dagegen ergriff Louis Bonaparte

die Initiative, während die bürgerlichen Eliten nach den Ereignissen vom Juni 1848 und im Zeichen der politischen Polarisierung 1849/50 passiv blieben. Auch 1940 ging die Initiative im Zeichen der äußeren Krise von Pétain und Laval aus, aber bis zum Juli 1940 blieb der Primat einer parlamentarischen Legalitätsstrategie deutlich erkennbar. Zudem offenbarten die Ereignisse, daß Pétain in Übereinstimmung mit weiten Teilen der bürgerlichen Parlamentselite handeln konnte. Andererseits war sein Handlungsspielraum gegenüber den Situationen von 1799 und 1851 angesichts der deutschen Besetzung und des Krieges extrem viel reduzierter. Das schränkte die Möglichkeiten einer Popularisierung des Regimes erheblich ein.

(4) Auffallend gering stellten sich in allen drei Konstellationen die alternativen Handlungsoptionen dar, und entsprechend schwach blieben die Widerstände gegen die Regimewechsel: Weder 1799 noch 1851 noch 1940 stellten – ganz im Gegensatz zu 1791/92, 1814/15, 1830, 1848 oder 1870/71 – revolutionär-gewalthafte Regimewechsel dar, sondern markierten eher das Auslaufen politischer und gesellschaftlicher Krisenphasen. Sie reflektierten gleichsam die politische Ermüdung nach anhaltenden innergesellschaftlichen Konflikten, die damit verbundenen Legitimationsdefizite politischer Institutionen und Akteure und ein zumindest temporäres Vakuum politischer Herrschaftsausübung, das charismatischen Akteuren eine zumindest temporäre Handlungsfreiheit einräumte.

(5) Der Bonapartismus kann also nicht ohne weiteres als Modell zur Erklärung der historischen Konfliktkonstellationen und Regimewechsel von 1799, 1851 und 1940 herangezogen werden. Dagegen sprechen die erheblichen Unterschiede der drei untersuchten Krisenkonstellationen, sei es in politisch-konstitutioneller oder gesellschaftlicher Hinsicht. Aber der Bonapartismus stand für ein fortwirkendes Erinnerungsreservoir, das in Phasen der Krise revitalisiert und in ein erfolgreiches Legitimationsmuster verwandelt werden konnte, um einen Regimewechsel zu rechtfertigen. Der Bonapartismus taugt insofern nicht per se als Interpretament oder Modell für die Regimewechsel, sondern eher als Katalysator, der es einzelnen Persönlichkeiten erlaubte, ihr Handeln in einen historischen Zusammenhang zu stellen und damit in besonderer Weise zu legitimieren.